



Bürgermeisterin

Beschlussvorlage

Vorlagen-Nr.
B-7514/2024

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Stadtverordnetenversammlung	05.03.2024

Titel:

BRANDENBURG ZEIGT HALTUNG! FÜR DEMOKRATIE & ZUSAMMENHALT

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Aufruf: „BRANDENBURG ZEIGT HALTUNG! FÜR DEMOKRATIE & ZUSAMMENHALT“.

Finanzielle Auswirkung: [nein]

Bürgermeisterin

Erläuterung/Begründung:

Am 25. Januar 2024 erhielt die Bürgermeisterin eine Mail vom Vereinsvorstand „Neues Potsdamer Toleranzedikt“, einem gemeinnützigen Verein, der am 29. Oktober 2009, dem 324. Jahrestag des historischen Ediktes von Potsdam (1685) gegründet wurde. Eines seiner Ziele ist es, den Konsens der Demokraten gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und politischen Extremismus zu stärken.

In der Mail heißt es: *„Die Correctiv-Recherchen haben es uns noch einmal deutlich vor Augen geführt: Es gibt Kräfte in unserem Land, die aktiv die Zersetzung unserer Demokratie planen. Es ist an der Zeit, der bisher oft schweigenden Mehrheit eine Stimme zu geben. Es ist Zeit, Haltung zu zeigen. Daher haben wir uns entschlossen, die 2022 begonnene Aktion „Brandenburg zeigt Haltung!“ mit einem neuen Aufruf zu aktualisieren und die Menschen in unserem Land zum gemeinsamen Handeln aufzufordern. ... Unsere Bitten an Sie: Unterstützen Sie den Aufruf... Machen Sie die Unterstützung öffentlich...“*

Der Text des Aufrufs lautet:

Brandenburg zeigt Haltung! Für Demokratie und Zusammenhalt!

Unsere Gesellschaft ist im Umbruch. Die Herausforderungen durch Klimawandel, Krieg, Migration, Inflation und andere Themen erzeugen bei vielen Menschen tiefe Verunsicherungen. Das hohe Tempo der Veränderungen führt auch zu Überforderungen.

Die Antworten darauf sind nicht einfach und bergen Konflikte. Demokratie heißt, diese Konflikte lösungsorientiert und sachlich auszutragen, im Ringen um die beste Lösung. Dabei ist am Ende der Kompromiss als Ergebnis der Abwägung unterschiedlicher Wege und Interessen die Regel, nicht die Ausnahme. Demokratie strengt an und braucht Zeit.

Diese Umstände nutzen antidemokratische und rechtsextreme Kräfte bewusst aus. Sie versprechen vermeintlich einfache Lösungen bei komplexen Problemen. Aber Hass, Demagogie, Spaltung, Ausgrenzung, Gewalt, Bedrohung und Einschüchterung sind keine Lösung. Sie bedrohen den Zusammenhalt, den Wohlstand und die Entwicklung in unserem Land.

Die Lage ist ernst. Es ist an der Zeit, Haltung zu zeigen!

- Wir setzen uns ein **für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Brandenburg.**
- Wir stehen ein **für eine vielfältige und solidarische Gesellschaft.**
- Wir treten ein **für eine offene Diskussion, sachliche Debatten und respektvollen Umgang** miteinander.
- Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der **alle Menschen in ihrer Verschiedenheit akzeptiert und respektiert werden.** Rassismus, Antisemitismus, Intoleranz, Hass und Ausgrenzung haben hier keinen Platz.

Schließen Sie sich an: Zeigen Sie Haltung! In der Familie, im Freundeskreis, am Arbeitsplatz, im Sportverein und an allen Orten des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sagen Sie Nein zu Hass und Hetze. Suchen Sie das Gespräch, wo es möglich ist. Bauen Sie Brücken, wo Gräben entstehen. Egal, wo Sie sich politisch verorten: Sorgen Sie mit dafür, dass unser Land demokratisch bleibt!

Der Aufruf wurde am 23. Januar gestartet. Als Erstunterzeichner haben sich brandenburgweit über 110 Organisationen und 190 Persönlichkeiten beteiligt, u.a. AOK Nordost, ArcelorMittal Eisenhüttenstadt, AWO Brandenburg, BBU Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen, Caritas, Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO), Erzbistum Berlin, Der Paritätische Brandenburg e.V., Deutsche Bank AG, Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY Zeuthen, Deutsches GeoForschungsZentrum GFZ, Deutsches Rotes Kreuz Brandenburg, Diakonisches Werk, Fachhochschule Potsdam, Filmpark Babelsberg GmbH, Gewerkschaft der Polizei (GdP) Brandenburg, Handelsverband Berlin Brandenburg, Handwerkskammer Potsdam, Humanistischer Verband Berlin-Brandenburg, IHK Potsdam, IHK Cottbus, IHK Ostbrandenburg, Landesfeuerwehrverband Brandenburg, Landesjugendring, Landessportbund Brandenburg, LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Brandenburg, Medizinische Hochschule Brandenburg Theodor Fontane (MHB), Museum Barberini, Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien, Oberlinhaus, SV Babelsberg 03, Tourismus Marketing Brandenburg (TMB), Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB), Zentralwohlfahrtsstelle der Juden.

Als Personen u.a.: Holger Ackermann (Imker), Uta Baneth (Erzieherin), Barbara Classen (Arzt), Dr. Prof. Thomas Drachenberg (Landeskonservator), Isabell Gerschke (Schauspielerin), Bob Hanning (Handballtrainer), Günter Jauch (Moderator, Journalist), Kai Diekmann (Journalist), Prof. Dr. Bernhard Diekmann (Standortleiter Alfred-Wegener-Institut, Potsdam), Prof. Oliver Günther (Präsident, Universität Potsdam), Katja Karger (Vorsitzende, DGB Berlin-Brandenburg), Heiner Koch (Erzbischof Bistum Berlin), Joachim Kosack (Geschäftsführer, UFA), Ulrike Kremeier (Direktorin, Brandenburgisches Landesmuseum für moderne Kunst), Stephan Märki (Intendant Staatstheater Cottbus), Prof. Dr. Hansjürgen Rosenbauer (ehem. Intendant ORB), Winfriede Schreiber (ehem. Leiterin Verfassungsschutz Brandenburg), Stefan Siegfried Tarnow (Landesschülersprecher), Prof. Dr. Christoph Martin Vogtherr (Generaldirektor Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg), Dr. Ortrud Westheider (Direktorin, Museum Barberini), Astrid Wittig (Kita-Leiterin), Eike Wolf (Geschäftsleitung, Studio Babelsberg AG).

Bereits am 20. Januar 2024 fand in Luckenwalde eine aus der Bürgerschaft organisierte Demonstration unter dem Motto „Aufstehen Luckenwalde – Nie wieder ist jetzt“ statt. Unter den Teilnehmern waren Stadtverordnete aus allen in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen. Die Demonstration verfolgte eine ähnliche Intention wie auch der Aufruf, nämlich ein Zeichen für die Verteidigung eines demokratischen und solidarischen Landes zu setzen und staatszersetzenden und menschenverachtenden Bestrebungen den Kampf anzusagen. Die Unterstützung des Aufrufs durch die Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde trägt dazu bei, dem gemeinsamen Anliegen eine breite Basis zu verschaffen und dies auch sichtbar zu machen.